Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 53 — 88. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 4. März 1929

Vertagung! Vertagung!

Durch die Couloirs und Räume des Reichstages heulen die Lautsprecher ihr: Vertagung! Vertagung! — und das war fast eine üble Vorbedeutung für den Ausgang der Verhandlungen, die endlich zur Schaffung der Großen Koalition führen sollten. Man hatte sich noch ein paar Tage über die Anträge der Deutschen Volkspartei zur Verfassungsreform unterhalten und sich mehr oder minder drastisch gegen die Art ausgesprochen, wie sich in Deutschland das parlamentarische System entwickelt hat, — auch das hätte man für ein bedenkliches Vorzeichen halten müssen, weil zwar die Kritik ausgiebig zu Worte kam, man aber kein Wort — oder nur ein recht unbestimmtes, allseitig schnell bestrittenes — zu hören bekam, was denn nun eigentlich geschehen soll. Die volksparteilichen Anträge sind dem Rechts-, nicht einem besonderen Ausschuß überwiesen und die Reichstagslautsprecher heulten mit ihrem „Vertagung! Vertagung!" auch diesen Anträgen und den in ihnen niedergelegten Reformgedanken ein Begräbnislied..

Wer abergläubisch war, dem konnte also das Scheitern der Koalitionsverhandlungen kaum noch eine Überraschung bedeuten. Reichskanzler Müller hatte — als letzte Aussicht für einen Erfolg — zusammen mit den Zentrumsführern Dr. Kaas und Dr. Stegerwald eine Art Aktionsprogramm ausgearbeitet, das zunächst die Bestimmung enthielt, daß die fünf Fraktionen von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten „die Regierung der Großen Koalition unterstützen" und eine dementsprechende koalitionsmäßige Bindung eingehen; gehen die Ansichten der Fraktionen über vorliegende oder kommende Gesetzentwürfe auseinander, dann sollte man versuchen, sich im Rahmen der gemeinsamen Arbeit zu einigen. Zwei besondere Ausschüsse für die Behandlung allgemeinpolitischer Fragen einerseits, der Etats- und Steuervorlagen anderseits, sollen geschaffen werden, wo auch die Anträge des deutschvolksparteilichen Zentralvorstandes über die Vermeidung neuer Steuern geprüft werden sollen.

All dies hat sozusagen nur noch ein historisches Interesse, da die Deutsche Volkspartei jede koalitionsmäßige Bindung ablehnte, ehe nicht die sachliche Behandlung der Etats- und Steuerfragen erledigt ist. Da ist denn alles vertagt worden: der Reichskanzler erklärte, daß er den Versuch, die Große Koalition zu schaffen, als gescheitert betrachten müsse, weiteres nach dieser Richtung hin nicht tun werde. Und was nun eigentlich werden soll, weiß kein Mensch. Offiziell besteht eine Koalition von Deutscher Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten; daneben steht das Zentrum mit „Gewehr bei Fuß" und die Wirtschaftspartei hat durchblicken lassen, sie warte nur darauf, daß man mit ihr wegen einer Teilnahme an der Regierungskoalition reden werde. Die Gegensätze zwischen den Parteien in jener „Koalition" sind aber derart beträchtlich, daß von einem gemeinsamen Programm auch selbst bei größtem Optimismus nicht gesprochen werden kann. Ist ja auch die Große Koalition jetzt daran gescheitert, daß man vor ihrer Bildung sich auf ein gemeinsames Sachprogramm nicht einigen konnte, diese Einigung erst später zu erzielen hoffte.

Programmlosigkeit — das ist also der Hintergrund und das Ende dieser fast zweimonatigen Verhandlungen. Ein wirkliches Regierungsprogramm fehlt immer noch, obwohl die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches täglich sich verschlimmert. Dafür aber hat man einen reichen Vorrat „grundsätzlicher" Erwägungen und Einwendungen, die man immer wieder hervorholt und an denen man „unbedingt festhält".

Es ist eben alles vertagt worden, zunächst einmal auf vierzehn Tage. Mindestens also so lange, bis die Genfer Völkerbundtagung vorbei ist. Die Pariser Reparationskonferenz wird so wohl noch länger dauern — aber in Genf wie in Paris fallen Entscheidungen schwerwiegendster Art. Und Deutschland bietet der Welt das unerträglich gewordene Schauspiel eines parteipolitisch-parlamentarischen Chaos'. Seit neun Monaten schon. Und niemand weiß, wie lange dieser Zustand nun eigentlich bestehen bleiben soll. Schließlich ist es doch nicht der politischen Weisheit letzter Schluß, einfach die Austragung der Differenzen immer nur zu vertagen. In Genf jedenfalls, vor allem aber in Paris, wird man sicher erheblich anders verfahren.

*

Reichsregierung unverändert.

Mit Zustimmung des Reichspräsidenten.

Nach dem Fehlschlagen des letzten Versuchs, eine Reichsregierung auf festerer Grundlage zu schaffen, hat bekanntlich Reichskanzler Müller festgestellt, daß im Augenblick eine Umbildung in der gewünschten Richtung unmöglich sei. Sonnabend begab sich der Reichskanzler zu einer Besprechung über die Lage zum Reichspräsidenten von Hindenburg. Über das Resultat dieser Unterredung wurde amtlich folgendes bekanntgegeben:

Der Reichskanzler berichtete dem Reichspräsidenten über seine Bemühungen, eine Regierung auf breiter Grundlage zu schaffen; nach den Verhandlungen mit den beteiligten Fraktionen habe er feststellen müssen, daß zurzeit eine solche Umbildung der Reichsregierung nicht möglich sei. Der Reichskanzler schlug daher dem Reichspräsidenten vor, daß die Reichsregierung ohne Veränderung ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung im Amt verbleibe. Der Reichspräsident stimmte diesem Vorschlag zu.

So wird also das Kabinett Müller-Franken in seiner jetzigen Zusammensetzung bei Wiederbeginn der Vollsitzung des Reichstages vor diesen treten und den umstrittenen Haushaltsplan für 1929 vorlegen. Ob sich dann eine Mehrheit für die Regierungsvorlage findet, ist heute noch nicht übersehbar. Der Reichskanzler soll entschlossen sein, so lange die Geschäfte zu führen, bis ihn eine gegen seine Regierung entscheidende Parlamentsmehrheit zum Rücktritt zwingen würde.

Erschöpfte Finanzen des Reiches.

In einem Artikel der Berliner Deutschen Allgemeinen Zeitung wird gesagt, daß sich im Februar die Finanzverhältnisse des Reiches sehr ungünstig gestaltet haben. Weiter heißt es:

„Im März wird sich die Kassenlage zweifellos weiter verschlechtern, da die immer geringer werdende Beschäftigung der Wirtschaft und die noch immer nicht wieder rückläufige Arbeitslosigkeit sinkende Steuereinnahmen und wachsende Lasten bedingen. Es ist unter diesen Umständen nicht ersichtlich, wie der große Bedarf für die beim Vierteljahrswechsel fälligen Zahlungen überhaupt irgendwie gedeckt werden soll. Was im neuen Steuerjahre werden soll, ist erst recht unklar, da zum mindesten für die beiden ersten Monate auf der Grundlage eines absolut unausgeglichenen Notetats gewirtschaftet werden soll. Wird es möglich sein, sich von den Ländern die Überweisungen stunden zu lassen? Wird man die Begleichung der Lieferantenrechnungen in die Länge ziehen? Oder wird man sich außerstande erklären, den Besoldungsgesetzen in vollem Umfange Rechnung zu tragen? Das sind die Fragen, die auftauchen."

Deutschlands größte Gabe an Amerika

Karl-Schurz-Feier im Reichstag.

Zur Feier des 100. Geburtstages von Karl Schurz veranstalteten im festlich geschmückten Plenarsitzungssaal des Reichstages die Gesellschaft der Berliner Freunde der Deutschen Akademie und die Vereinigung Karl Schurz einen gemeinsamen Festakt. Neben Reichskanzler Müller und dem preußischen Innenminister Grzesinski sah man zahlreiche weitere Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie der Stadt Berlin, eine große Anzahl von Parlamentariern, darunter die Abgeordneten Dr. Wirth und Dr. Schnee, ferner auch den früheren Großadmiral von Tirpitz. Nach musikalischer Einleitung begrüßte Reichstagspräsident Löbe die Festversammlung. Er wies dabei auf die Bestrebungen der Vereinigung Karl Schurz hin, die der Pflege der persönlichen Beziehungen zwischen dem Bürger Nordamerikas und der Deutschen Republik gewidmet seien. Aus Amerika seien unzählige Begrüßungstelegramme zu der Feier eingetroffen.

Den Festvortrag hielt der Präsident der wissenschaftlichen Abteilung der Deutschen Akademie, Geheimrat Professor Dr. Oncken. Karl Schurz habe, so führte der Redner u. a. aus, als einen seiner Leitgedanken seines politischen Handelns die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zum alten Vaterland und der neuen Heimat bezeichnet.

Das sei es vor allem, was uns Amerikaner und Deutsche in dieser Stunde aufs tiefste bewege. Amerikaner und Deutsche hätten

einen geschichtlichen Gemeinbesitz

kraft der Tatsache, daß im Laufe des 19. Jahrhunderts fünf Millionen Deutsche hinauszogen, um in der Union eine neue Heimat zu finden. Dieser Gemeinbesitz enthalte einen Schatz von unzerstörbaren Kulturzusammenhängen.

Der Name Karl Schurz werde ein Symbol dafür sein, daß das systematische Verständnis dieser beiden Völker auch in Zukunft ein unantastbarer Aktivposten in der internationalen Völkerbilanz bleiben werde.

Der amerikanische Botschafter Schurman bezeichnete in seiner Rede Schurz als die

größte Gabe Deutschlands an Amerika.

Nach der Rede nahm noch Professor Dr. Albert B. Faust von der Cornell-Universität, Ithaca, Newyork, das Wort. Schurz habe, so erklärte der Redner u. a., das Deutschtum in den Vereinigten Staaten wie keiner vor ihm und nach ihm verbunden und vertreten. Es hätte wohl vieles anders werden können, wenn in den Jahren um 1914 unter den Deutschamerikanern ein solcher Führer gewesen wäre.

Das Finale der Rheinischen Symphonie von Schumann beendete die Feier, der übrigens auch eine besondere Abordnung der Burschenschaft Frankonia aus Bonn, deren Mitglied Schurz war, beiwohnte.

Die Feier in Amerika.

Der deutsche Botschafter in Washington v. Prittwitz und Gaffron hat am Grabe des deutschen Freiheitskämpfers und amerikanischen Staatsmannes Karl Schurz auf dem Sleepyhollow-Kirchhof in Tarrytown bei Newyork einen Kranz mit einer Schleife in den Reichsfarben niederlegen lassen.

Im Amerikanischen Bundessenat in Washington gedachte Senator Wagner, der seit Karl Schurz das erste deutschgeborene Mitglied des Senats ist, vor dem Plenum seines großen Vorgängers. Als Diplomat, General, Journalist, Bundessenator und Kabinettsminister habe Schurz jedem Amt, das er übernahm, Würde und Auszeichnung verliehen.

Unter den Auspizien des deutschamerikanischen Karl-Schurz-Ausschusses fand in Newyork vor dem Schurz-Denkmal im Morningside-Park eine Gedenkfeier statt.

Die Geheimpakt-Affäre.

Die belgisch-holländische Spannung.

Folgen der Utrechter Veröffentlichung.

Wie aus Brüssel verlautet, ist das belgische Kronprinzenpaar, das sich zurzeit auf einer Reise in Niederländisch-Indien befindet, offiziell aufgefordert worden, die Reise abzukürzen und für die Rückfahrt nicht einen holländischen Dampfer zu benutzen.

*

Neue belgische Ableugnungsversuche

Ein amtlicher Schritt in Berlin.

Der belgische Gesandte in Berlin hat im Auftrage seiner Regierung im Auswärtigen Amt die Echtheit der vom Utrechter Tageblatt veröffentlichten Dokumente vorbehaltlos und kategorisch in Abrede gestellt und dabei erklärt, daß die angebliche Konferenz zwischen dem belgischen und französischen Generalstab vom 7. bis 12. September 1927 niemals stattgefunden hat. Der Gesandte hat bei dieser Gelegenheit die Erklärungen noch einmal ausdrücklich bestätigt, die der belgische Außenminister in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 26. Februar d. J. in der Angelegenheit bereits abgegeben hat.

*

Der Ursprung der Dokumente

Amsterdam, 3. März. Het Volk veröffentlicht die Erklärung, er habe Grund zu der Annahme, daß die vom Utrechtsch Dagblad veröffentlichten Dokumente in dem Nachlaß eines verstorbenen belgischen Generals aufgefunden und von seiner Familie einem belgischen Journalisten zur Verfügung gestellt worden seien. Dieser sei damit nach Holland gekommen, um die Dokumente hier veröffentlichen zu lassen, wobei es nicht unmöglich sei, daß er aus der Veröffentlichung finanzielle Vorteile habe erlangen wollen.

*

Der angebliche Fälscher der Dokumente verhaftet

Brüssel, 3. März. Wie in belgischen Kreisen verlautet, soll in der Nacht zum Sonntag ein gewisser Frank Heine im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des belgisch-französischen Militärprotokolls verhaftet worden sein, als er den Zug aus Amsterdam auf dem Brüsseler Südbahnhof verließ. Auch die Frau des Frank Heine, die ihren Mann erwartete, sei festgenommen worden. Frank Heine habe gegen seine Verhaftung Verwahrung eingelegt. Er soll 9000 Franken bei sich gehabt haben. Vor dem Untersuchungsrichter soll er die Herstellung falscher Schriftstücke, die mit dem französisch-belgischen Schriftstück übereinstimmen, eingestanden haben. Er will sich angeblich einen Vorkriegsvertrag zwischen zwei Großmächten zum Vorbild für seine Fälschung genommen haben. Wie weiter verlautet, sollen bei einer Haussuchung bei Frank Heine mehrere ihn belastende Schriftstücke gefunden worden sein. Frank Heine soll einen Mann mit Namen Ward Hermanns als Mitwisser der Polizei genannt haben. Die Verhaftung Hermanns' soll bevorstehen.

*

Heines Geständnis bestellte Arbeit

Der Verhaftete ein Korrespondent des Brüsseler Soir?

Amsterdam, 3. März. Man neigt hier allgemein der Ansicht zu, daß das „Geständnis" des in Brüssel verhafteten Frank Heine bestellte Arbeit ist, um der belgischen Regierung ein Beweismittel für ihre Behauptung, das französisch-belgische Militärprotokoll sei gefälscht, in die Hände zu spielen. Dies um so mehr, als dieser Tage ein

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF